

Rückschlag für Obamas Klimapolitik in Amerika

Handel mit Verschmutzungsrechten steht vor dem Aus

pwe. WASHINGTON, 23. Juli. Die Demokraten im amerikanischen Senat haben das Vorhaben vorerst aufgegeben, mit einem landesweiten System handelbarer Verschmutzungsrechte den Kohlendioxid ausstoß zu begrenzen. Damit steht ein Kernstück der Umweltpolitik von Präsident Barack Obama vor dem Aus. „Wir wissen, dass wir nicht genügend Stimmen haben“, sagt der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid. Auch für einen abgespeckten Plan, die handelbaren Verschmutzungsrechte nur für Energieerzeuger einzuführen, fanden die Demokraten im Senat keine Mehrheit. Das Scheitern wirft einen Schatten auf die Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen Ende des Jahres im mexikanischen Cancún.

Die Republikaner lehnen den Plan fast geschlossen ab. Sie kritisieren das Vorhaben als eine Steuer auf Energieerzeugung, die die wirtschaftliche Erholung und die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie schwäche. Aber auch in den Reihen der Demokraten ist der Plan umstritten. Reid wollte das Vorhaben, das die Amerikaner „cap and trade“ – übersetzt „Kappe und Handel“ – nennen, noch nicht für endgültig gescheitert erklären. Nach der Sommerpause des Senats planen die Demokraten einen neuen Anlauf im Senat. Vor der Zwischenwahl zum Kongress im November aber gelten die Chancen als gering, die notwendige Zustimmung auch von Republikanern zu erlangen. Das Abgeordnetenhaus hatte schon im vergangenen Jahr den Entwurf eines Energiegesetzes einschließlich handelbarer Verschmutzungsrechte beschlossen.

Obama hat die Verringerung der Treibhausgase und die Preissetzung auf den Ausstoß von Kohlendioxid zu einem Kernziel seiner Präsidentschaft erklärt. Er möchte die amerikanische Wirtschaft umbauen und mit der Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge und Energien die Vereinigten Staaten an die Weltspitze in Produktion und Nutzung dieser Techniken führen. Aus dem Konjunkturpaket fließt deshalb schon viel Geld in die Pro-

duktion von Solarzellen und von Batterien für Elektroautos.

Mit der Untätigkeit des Senats bleibt es weiter der Umweltschutzagentur EPA überlassen, föderale Höchstgrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen zu setzen. Obama drängt die Behörde in diese Richtung. In den vergangenen Monaten wurden schon Auflagen für Fahrzeuge erlassen. Auch brauchen Energieerzeuger mittlerweile Genehmigungen für den Ausstoß von Kohlendioxid. Die Kompetenz der Behörde für solche Auflagen wird von Wirtschaftsverbänden rechtlich bestritten.

Die Demokraten wollen in der kommenden Woche nun ein kleineres Energiegesetz im Senat zur Abstimmung stel-

Die Republikaner fürchten,
eine Verteuerung der
Energieerzeugung könnte
die Wirtschaft schwächen.

len. Damit soll die Obergrenze, bis zu der Ölunternehmen für Verschmutzungen wie im Golf von Mexiko haften, von derzeit 75 Millionen Dollar erhöht werden. Auch soll es finanzielle Anreize für die Herstellung gasbetriebener Fahrzeuge geben und für den Kauf energiesparender Haushaltsprodukte.

Im Senat gibt es mehrere konkurrierende Gesetzentwürfe zur Umweltschutzgesetzgebung. Der wichtigste Plan, der America Power Act, sieht ein System handelbarer Verschmutzungsrechte für Kohlendioxid für Energieerzeuger vor. Die Väter des Entwurfs, der demokratische Senator John Kerry und der unabhängige Senator Joseph Lieberman, wollen zugleich eine Kohlendioxidsteuer für große Verschmutzer einführen. Der Kohlendioxid ausstoß soll so bis zum Jahr 2020 um 17 Prozent verringert werden. Ein republikanischer Sponsor des Gesetzentwurfs hatte sich schon vor Wochen von dem Plan distanziert und seine Unterstützung aufgegeben.